



Bundesamt für
kerntechnische
Entsorgungssicherheit

Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH Zentrale Salzgitter			
Tgb.-Nr.	8		
Eingang	05. Sep. 2017		
			SEG.3

Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit, Willy-Brandt-Straße 5, 38226 Salzgitter

Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH
Willy-Brandt-Str. 5

38226 Salzgitter

Ihre Nachricht: 9KE/2211/DA/AY/0271/00

Mein Zeichen: BfE-KE5 9K 9160/2-088

Datum: 04.09.2017

TEL +49 3018 333- [redacted]

FAX +49 3018 333- [redacted]

poststelle@bfe.bund.de

poststelle@bfe.de-mail.de

www.bfe.bund.de

Projekt	PSP-Element	Obj. Kenn.	Funktion	Komp.	Baugr.	Aufgabe	UA	Lfd. Nr.	Rev.
NAAN	NNNNNNNNNN	NNNNNN	NNAAANN	AANNA	AANN	XAXX	AA	NNNN	NN
9KE	22110		NKE			DA	EV	0001	00

11808504

- 681979 -

Endlager Konrad

Zustimmung zum Änderungsvorgang Nr. 88 – Nachrichtentechnische Systeme –
Personenrufanlage (Konrad 1 und 2)

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Ihren Antrag vom 14.08.2017 erteile ich folgenden Bescheid:

I. Entscheidung

Hiermit erteile ich die Zustimmung zum Vorgehen gemäß Änderungsvorgang Nr. Nr. 88 – Nachrichtentechnische Systeme – Personenrufanlage (Konrad 1 und 2), Veränderungsantrag (BGE-KZL 9KE/2211/DA/AY/0271/00) mit Stand vom 14.08.2017 //.

Dieser Entscheidung liegen folgende Unterlagen zugrunde:

- /1/ BGE/SE 2, Änderungsvorgang Nr. Nr. 88 – Nachrichtentechnische Systeme – Personenrufanlage (Konrad 1 und 2), Veränderungsantrag (BGE-KZL 9KE/2211/DA/AY/0271/00) mit Stand vom 14.08.2017, nebst Anlagen eingegangen bei BfE/KE 5 am 14.08.2017.
- /2/ Änderungsvorgang Nr. Nr. 88 – Zustimmungsverfahren; Nachrichtentechnische Systeme – Personenrufanlage (Konrad 1 und 2); Technische Beschreibung mit Verfahrensrechtlicher Bewertung (BGE-

Zustelladresse: Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit, c/o BMUB, 11055 Berlin, Lieferadresse: Stresemannstraße 128-130, 10117 Berlin;
Besucheradresse: Krausenstraße 17-18, 10117 Berlin
Verkehrsbindung: Potsdamer Platz, S-/U-Bahn: S1, S2, U2, Bus: 200, M41, M48

Zweiter Dienstsitz: Willy-Brandt-Straße 5, 38226 Salzgitter





Seite 2 zum Bescheid BfE-KE5 9K 9160/2-088 vom 04.09.2017

KZL 9KE / 2211 / DA / TV / 0060 / 00) mit Stand vom 28.06.2017, als Anlage zu /1/

- /3/ Planfeststellungsbeschluss für die Errichtung und den Betrieb des Bergwerkes Konrad in Salzgitter als Anlage zur Endlagerung fester oder verfestigter radioaktiver Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung vom 22. Mai 2002.

II. Hinweise

Für die Personenrufanlage Konrad 2, die dem QSB 3 zugeordnet ist, ist im Rahmen der Vorprüfung nach Nebenbestimmung A.1-2 ein Messprogramm der Funkabdeckung im Rahmen der Abnahme- und Funktionsprüfung vorzulegen.

III. Auflagen

- keine -

IV. Begründung

Mit dem Schreiben /1/ wurde die Zustimmung zur Änderung der Spezifikationen der Personenrufanlage auf Konrad 2 gemäß Nebenbestimmung A.4-23 des Planfeststellungsbeschlusses /3/ beantragt. Gleichzeitig wird die beabsichtigte Änderung der Personenrufanlage auf Konrad 1 dargestellt. Da die Personenrufanlage auf Konrad 1 dem QSB 2 zugeordnet ist, ist hier kein Zustimmungsverfahren bei der atomrechtlichen Aufsicht erforderlich.

Im Einzelnen sollen das Sprechverfahren von Gegensprech- auf Wechselsprechverfahren umgestellt werden sowie sowohl die Sendeleistung der stationären Sender als auch die Zahl und Standorte der Sende- und Empfangseinrichtungen frei wählbar sein.

Maßstab der Prüfung durch die atomrechtliche Aufsicht ist der Planfeststellungsbeschluss /3/ samt den zugehörigen Erläuternden Unterlagen.





Seite 3 zum Bescheid BfE-KE5 9K 9160/2-088 vom 04.09.2017

Die im Änderungsantrag beschriebenen Abweichungen von den planfestgestellten Unterlagen stellen eine unwesentliche Veränderung dar. Eine unwesentliche Veränderung ist eine Abweichung vom planfestgestellten Zustand des Endlagers, die offensichtlich nur unerhebliche Auswirkungen auf das Sicherheitsniveau der Anlage haben kann, also die Genehmigungsfrage nicht erneut aufwirft.

Die hier beantragte Änderung des Sprechverfahrens ergibt sich aus der heutzutage am Markt verfügbaren Technik für entsprechende Personenrufanlagen. Eine Auswirkung auf das Sicherheitsniveau des Endlagers ist dadurch nicht zu erkennen. Ziel der freien Wählbarkeit der Anzahl und Standorte der Sende- und Empfangseinrichtungen sowie der Sendeleistung ist eine flächendeckende Funkabdeckung. Die Erfüllung dieses sicherheitsgerichteten Ziels wird in der Abnahme- und Funktionsprüfung überprüft.

Nach meiner Bewertung sind nachteilige Auswirkungen auf den Betrieb des Endlagers nicht zu befürchten. Das Sicherheitsniveau des Gesamtsystems entspricht nach Berücksichtigung der Veränderung mindestens dem Stand der Genehmigung.

Somit stimme ich der beantragten Änderung zu.

IV. Kosten

Die Kostenentscheidung beruht auf § 21 Abs. 1 Nr. 4, Abs. 3 AtG i. V. m. §§ 1 und 2 Satz 1 Nr. 6 AtKostV. Hierzu ergeht ein gesonderter Kostenfestsetzungsbescheid.

V. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit,





Bundesamt für
kerntechnische
Entsorgungssicherheit

Seite 4 zum Bescheid BfE-KE5 9K 9160/2-088 vom 04.09.2017

Krausenstraße 17-18, 10117 Berlin oder am zweiten Dienstsitz,
Willy-Brandt-Straße 5, 38226 Salzgitter erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

